



Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

IWH-Pressemitteilung 41/2012

Halle (Saale), den 11. Dezember 2012

Staatliche Regulierung des Energieverbrauches fördert den technischen Fortschritt am Bau – solange sie nicht überreizt

Ergebnisse auf Grundlage des ista-IWH-Energieeffizienzindex*

Seit im Jahr 1978 die erste Wärmeschutzverordnung in Kraft trat, wurden die Richtlinien zum Energieverbrauch von Gebäuden in Deutschland in mehreren Stufen verschärft. Die aktuell diskutierte Novelle der Energieeinsparverordnung (EnEV) muss aufgrund von EU-Vorgaben bis zum Jahresende 2012 vorliegen. Eine Studie des IWH hat auf der Basis von Heizenergieabrechnungen deutscher Mehrfamilienhäuser erstmals die Wirksamkeit staatlich gesetzter Obergrenzen des Energieverbrauches empirisch untersucht. Die Ergebnisse legen nahe, dass Verschärfungen der Regulierung zu einem kontinuierlich sinkenden Energieverbrauch jüngerer Gebäude geführt haben – ein Hinweis auf fortlaufenden, durch den Regulierungsdruck ausgelösten technischen Fortschritt im Bausektor. Der zweite erwartete Effekt, die einmalige spürbare Verbrauchssenkung nach Einführung einer neuen Regulierung, zeigt sich allerdings lediglich in einem Fall: der Verschärfung der Wärmeschutzverordnung im Jahr 1995.

Vor der Einführung der Wärmeschutzverordnung (vor 1978) sank der Heizenergieverbrauch um jährlich $-0,69$ Kilowattstunden pro Quadratmeter. Mit Einführung der Regulierung steigerte sich dies auf $-2,34$ bis $-4,37$ Kilowattstunden jährlich. Allerdings fielen die durch die Regulierung geforderten Absenkungsschritte noch größer aus. Deswegen näherten sich die rechtlichen Grenzen im Zeitverlauf von oben an die Regel der Technik im Bausektor an (vgl. Abbildung).

Die moderate Weiterentwicklung der EnEV 2012 scheint in diesem Zusammenhang der richtige politische Weg zu sein, Investoren und Bauherren nicht zu überfordern. Letztlich besteht immer die Gefahr, politisch erwünschte Investitionen durch zu strikte rechtliche Regelungen im Ansatz zu verhindern. Im Bereich der energetischen Sanierung bzw. der Regelungen für den Neubau scheint diese Grenze erreicht.

Auf der anderen Seite ist jedoch festzustellen, dass die Regelungen insbesondere um die Jahrtausendwende wirkungsvoll waren. Offenkundig kam es zu einer veränderten technischen Entwicklung im Bausektor infolge baurechtlicher Vorgaben, und offenkundig haben höhere Anforderungen dazu geführt, dass sich diese Entwicklung beschleunigt hat.

Sperrfrist:

12. Dez. 2012
13:00 Uhr

Pressekontakt:

Tobias Henning
Telefon:
+49 345 7753 738
E-Mail:

presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner:

Claus Michelsen
Telefon:
+49 345 7753 837
E-Mail:
cmn@iwh-halle.de

Politische Ressorts:

Bundesministerium für
Wirtschaft und
Technologie (**BMWi**),
Bundesministerium für
Verkehr, Bau und Stadt-
entwicklung (**BMVBS**),
Bundesministerium für
Umwelt, Naturschutz und
Reaktorsicherheit (**BMU**),
Umweltministerien der
Länder

Wissenschaftliche

Schlagwörter:

Energieeffizienz,
Regulierung,
Energieeinspar-
verordnung,
Mehrfamilienhäuser

Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

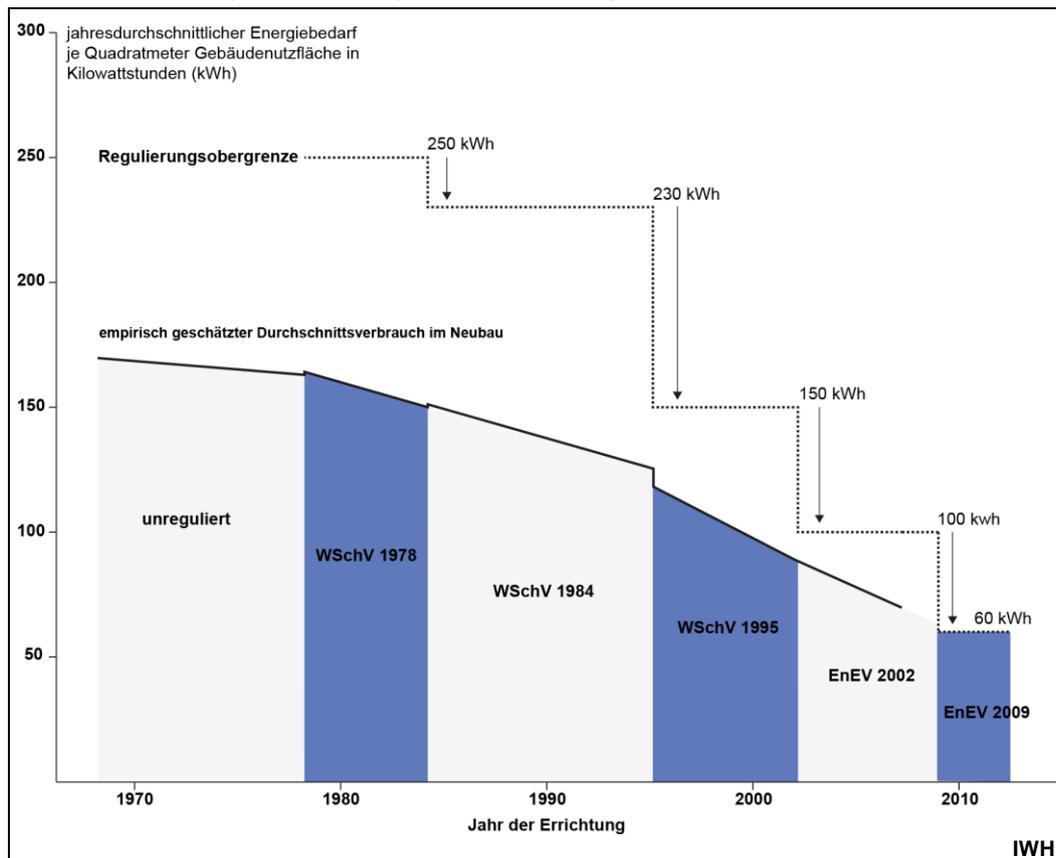
Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

Tel.: +49 345 7753 60
Fax: +49 345 7753 820
<http://www.iwh-halle.de>

Abbildung:

Gesetzliche Obergrenzen und geschätzter Energiebedarf nach Baujahren



Anmerkungen: WSchV: Wärmeschutzverordnung; EnEV: Energieeinsparverordnung; jährlicher, klimabereinigter Durchschnittsverbrauch aus drei Abrechnungsperioden pro Quadratmeter (i. d. R. 2006 bis 2008).

Hintergrund

Grundlage der vorliegenden Studie sind Daten des ista-IWH-Energieeffizienzindex, der in Kooperation zwischen dem Energiedienstleister ista Deutschland GmbH und dem Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) erarbeitet wird. Er bietet regional differenzierte Informationen über den Energiebedarf von Mehrfamilienhäusern auf Grundlage der tatsächlichen Heizkostenabrechnungen von insgesamt rund 300 000 Gebäuden bzw. rund drei Mio. Wohnungen in ganz Deutschland. Der Energieverbrauch wird nach standardisierten Verfahren um klimatische Einflüsse bereinigt und entsprechend der tatsächlichen Verteilung des Gebäudebestandes für die Raumordnungsregionen Deutschlands hochgerechnet. Die Ergebnisse werden jährlich aktualisiert.

* Zur Methodik der Berechnung und für weiterführende Informationen siehe *Michelsen, C.: Energieeffiziente Wohnimmobilien stehen im Osten und Süden der Republik*, in: *IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 15 (9), 2009*, 380 f., sowie die Projekt-Webseiten www.iwh-halle.de/projects/2010/ista/d/start.asp.

Den vollständigen Artikel erhalten Sie gern auf Anfrage: presse@iwh-halle.de.

Veröffentlichung:

MICHELSEN, CLAUDIUS; ROSENSCHON, SEBASTIAN: Verordnet und gleich umgesetzt? Was die energetische Regulierung von Immobilien bisher tatsächlich gebracht hat – Ergebnisse auf Grundlage des ista-IWH-Energieeffizienzindex –, in: *IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 18 (12), 2012*, 351-356.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner:

Claus Michelsen

Tel.: +49 345 7753 837, E-Mail: Claus.Michelsen@iwh-halle.de

Pressekontakt:

Tobias Henning

Tel.: +49 345 7753 738, E-Mail: Tobias.Henning@iwh-halle.de

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) erforscht die transformationsbedingten ökonomischen Besonderheiten in Ostdeutschland und Mittelosteuropa, die es zu überwinden bzw. zu gestalten gilt, sowie den fortdauernden Prozess der ökonomischen Integration in Europa. In drei Forschungsabteilungen (Makroökonomik, Strukturökonomik und Stadtökonomik) erarbeitet das IWH darüber hinaus wissenschaftlich fundierte Beiträge zur aktuellen Wirtschaftspolitik. So ist das IWH beispielsweise Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt, und Partner eines europäischen Forschungskonsortiums zur Untersuchung der ökonomischen Aufholprozesse in Mittel- und Osteuropa (7. Forschungsrahmenprogramm der EU).

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 86 selbstständige Forschungseinrichtungen. Deren Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute bearbeiten gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevante Fragestellungen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter <http://www.leibniz-gemeinschaft.de>.